## Spätes Ende eines Provisoriums

STUTTGART Landtag verankert die Ganztagsschule erstmals im Schulgesetz

Von unserem Korrespondenten Peter Reinhardt

ach den Sommerferien wollen 180 Grundschulen auf Ganztagsbetrieb umstellen. Gestern hat der Landtag durch eine Änderung des Schulgesetzes die Weichen dafür gestellt.

- Kernpunkte: Vom neuen Schuljahr an können die Grundschulen klassen- und jahrgangsübergreifend Ganztagsgruppen einrichten. Mindestens 25 Schüler müssen sich anmelden. Verlangt werden drei oder Wochentage mit jeweils sieben oder acht Zeitstunden. Pro Gruppe gibt das Land abhängig vom Modell zwischen sechs und zwölf Lehrerstunden pro Woche dazu, die zur Hälfte in Geld umgerechnet werden dürfen. Damit können die Schulen Zusatzangebote von Musikschulen oder Sportvereinen bezahlen.
- Bisherige Situation: Rund 1400 Schulen bieten aktuell Ganztagsbetrieb für 170000 Schüler an. Der Schwerpunkt liegt bei Haupt- und Werkrealschulen mit 53 000 Schülern. Die 131 Gemeinschaftsschulen laufen schon komplett im Ganztagsbetrieb. Von 2400 Grundschulen bieten 430 ganztägige Betreuung an. Die 19 Prozent Ganztagsschüler im Südwesten sind die zweitniedrigste Quote aller Länder. Nur Bavern steht mit 12,4 Prozent noch schlechter da. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 32.3 Prozent.
- Provisorium: Erstmals wird die Ganztagsschule im Schulgesetz verankert. Damit geht ein jahrzehntelanges Provisorium zu Ende: Bisher laufen alle diese Angebote als Modellversuch. Zunächst bekommen aber nur Grundschulen einen gesetzlichen Anspruch. Realschulen und Gymnasien müssen warten.
- Hohe Kosten: Das Kultusministerium hat erhebliche Mehrkosten errechnet: Wenn 70 Prozent aller Grundschulen umstellen und jeweils die Hälfte der Schüler teilnimmt, sind 1920 zusätzliche Lehrer



Nur 19 Prozent der Schüler im Südwesten besuchen eine Ganztagsschule. Das Land liegt damit weit hinter dem Bundesdurchschnitt von 32,3 Prozent. Die Landesregierung will diesen Schultyp jetzt ausbauen.

notwendig. Das entspricht jährlich 147 Millionen Euro. Um- oder Neubauten etwa für eine Mensa müssen die Kommunen bezahlen.

- Bildungspolitische Ziele: Vom längeren gemeinsamen Lernen erhofft sich Grün-Rot bessere schulische Leistungen, besonders bei den Deutschkenntnissen von Migrantenkindern. Die zusätzlichen Lehrerstunden sind auch für Förderangebote gedacht. Gerade in Baden-Württemberg hänge der Bildungserfolg noch zu stark von der sozialen
- Oppositionsforderungen: Die CDU vermisst Flexibilität im grünroten Konzept. Um den Wünschen der Eltern entgegenzukommen. sollten auch Modelle mit Ganztags-

unterricht nur an einem oder zwei Tagen möglich sein. "Wir haben nichts gegen verbindliche Ganztagsangebote, aber es muss immer gleichwertige Alternativen geben". fordert Wacker. Dies verlangt er auch für kleine Grundschulen. Dagegen hält der FDP-Abgeordnete Timm Kern allein freiwillige Ganztagesangebote für akzeptabel. Die Grünen-Abgeordnete Sandra Boser lehnt dies ab. Pädagogisch gute Angebote seien nur möglich, wenn sich Unterricht und Entspannung gleichmäßig über den Tag verteilen.

■ Einschnitte: Bisher bieten viele Gemeinden als Ergänzung zur verbindlichen Halbtagsgrundschule zusätzliche Betreuung für berufstätige Eltern über Mittag oder bis zum Nachmittag an. Einen Teil der Kosten müssen die Familien zahlen. Viele Kommunen wollen solche Angebote auslaufen lassen, wenn die Grundschulen an drei oder vier Tagen auf Ganztagesbetrieb umstellen. Wie die entstehenden Betreuungslücken geschlossen werden, ist vielerorts strittig.

■ Problem Vielfalt: Viele Eltern wünschen maßgeschneiderte Modelle. In freiwilligen Ganztagsangeboten lässt sich das eher leicht realisieren, wenn der Unterricht am Vormittag gebündelt bleibt. Der von Grün-Rot angestrebte rhythmische Wechsel geht nur in Gruppen mit verbindlicher Teilnahme. Stoch: "Eine gute Ganztagsschule ist keine doppelte Halbtagsschule."

## HEILBRONNER STIMME

Neckar-Zaber-Rundschau | Baden-Württemberg | 17.07.2014